

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschlüssel: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Mündorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porzsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Koflapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Letzseite 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbelle“, „Das Leben im Bild“

Nichtersehen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 288

Bad Schandau, Sonnabend, den 10. Dezember 1927

71. Jahrgang

## Dauernde Bedrückung des Rheinlandes

### Erleichterungen im Westen unbedingt notwendig.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete berichtete am Freitag vormittag Reichskanzler Dr. Marx in seiner Eigenschaft als Reichsminister für die besetzten Gebiete über die Eindrücke auf seiner Oktoberreise durch das Rheinland. Dr. Marx dankte der Bevölkerung und den Behörden im besetzten Gebiet und schilderte seine Eindrücke, die er in freier Aussprache dort gewonnen habe, wie folgt:

„Überall wurde mir zum Ausdruck gebracht, daß die von der Reichsregierung verfolgte Politik der Befriedigung bei der rheinischen Bevölkerung weitestgehende Zustimmung und vollstes Verständnis findet. Andererseits herrscht aber doch am Rhein auch ein starkes Empfinden für die leider immer noch sehr schweren Lasten materieller und seelischer Art, die mit der Besetzung verbunden sind.“

Der Kanzler betonte, daß die von der Völkerverständigung beschlossene Besatzungsverminderung nunmehr wohl als eingelöst angesehen werden könne. Leider habe sich bei der großen Zahl der Garnisonen, die das Vierfache der früheren deutschen Garnisonzahl ausmache, die Verminderung an den einzelnen Plätzen meist nicht stark spürbar gemacht. Man müsse feststellen, daß die verbliebene Besatzung noch einen schweren Druck darstelle. Vor allem müsse man noch weit über tausend farbige Mannschaften erwähnen, besonders in Mainz, Kaiserslautern, Landau, Trier und Koblenz. Der Kanzler erwähnte dann die Auswirkungen der Besetzung, die Schließungen, die schon wiederholt Menschenleben gefährdet haben, die Herbstmänner mit der Störung der Erntearbeiten; die Musterungsordonnanz, die das besetzte Gebiet für militärische Zwecke dienstbar macht, die zahlreichen kriegsgerichtlichen Verurteilungen deutscher Bürger. Der Kanzler stellte fest, daß das von der Bevölkerung einmütig

als Mobilisierungsvorbereitung gegen Deutschland empfunden

wird. Er forderte beschleunigte Beseitigung der Muster-

rungsordonnanz Nr. 64, weil sie in schärfstem Widerspruch zu einer Politik der friedlichen Verständigung

steht. In der Verordnungswillkür habe sich manches gebessert, auch die Ausweisungen sind im Jahre 1927 zurückgegangen. Es muß aber trotzdem die Ausweisung der Ausweisungsmöglichkeit aus dem Ordonnanzenystem verlangt werden, weil diese Einrichtung dem Rheinland abkommen zuwiderläuft. Der Kanzler stellte fest, daß die Militärjustiz weniger zu Klagen Anlaß gegeben habe als bisher. Leider sei das Kapitel der Gefangenen in i s h a n d l u n g immer noch nicht abgeschlossen. Er sprach dann die

Ausfahrungen von französischen Soldaten

gegen die Zivilbevölkerung. Dr. Marx gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Abwehrbemühungen nachdrücklich fortgesetzt werden müssen, damit endlich Beruhigung in der Bevölkerung eintreten kann. In der Empfindung des Gefühls der Unsicherheit, das in der Bevölkerung begründet ist, bemerkt diese auf der Gegenseite um so mehr den gewaltigen Apparat von Gendarmerie und Geheimpolizei und versteht nicht, daß die bewaffnete Macht immer noch eines solchen über alle Zonen verästelten Systems der Überwachung der Bevölkerung bedürfen zu müssen glaubt. Dies gilt um so mehr, als die Bevölkerung sich in den letzten Jahren durchaus korrekt gegenüber der Besatzung verhalten hat.

Der Reichskanzler verbreitet sich dann über die Hilfsmassnahmen des Reiches und über die Förderung des besetzten Gebietes. Er schließt mit den Worten:

Wir sehen, wie vielfältig immer noch die Schädigungen sind, die von der Tatsache und der Art der Besetzung ausgehen und der Wirtschaft und Kultur des Rheinlandes Abbruch tun. Ich glaube, Ihnen auch gezeigt zu haben, daß das Reich seine Verpflichtung, für die besetzten Gebiete vorzugsweise zu sorgen, ernst nimmt und sie ständig im Auge behält. Wir werden so weiter handeln, solange es eine Befreiung gibt. Aus meinen Darlegungen werden Sie aber auch meine Überzeugung erkennen haben, daß die Besetzung als solche, die nun in das zehnte Jahr ihres Bestehens eintritt, nicht nur mit der politischen Gesamtlage, sondern auch mit der Denkweise des 20. Jahrhunderts im Widerspruch steht.

Mitglieder des Kabinetts teil. Daraufhin beschäftigte sich das Kabinett am Nachmittag mit den Möglichkeiten einer Beilegung des Konflikt. Das Kabinett vertagte nach kurzer Aussprache die Angelegenheit von neuem, da das Ergebnis der heute in Essen beginnenden Schlichtungsverhandlung abgewartet werden soll.

### Ueber 200 Stilllegungsanzeigen beim Demobilisierungskommissar.

Essen, 9. Dezember. Bei dem Demobilisierungskommissar in Hensberg sind bis jetzt weit über 200 Stilllegungsanzeigen der Eisen- und Stahlindustrie eingelaufen, darunter zahlreiche der kleineren Werke der eisenverarbeitenden Industrie; dagegen liegen Anzeigen von bergbaulicher Seite noch nicht vor. Die Bergbaukommissioner beraten zurzeit die betriebstechnischen Maßnahmen, die durch die voraussichtliche Stilllegung am 1. Januar 1928 notwendig werden.

### Der Präsident der National City-Bank für eine Revision des Dawes-Planes.

New York, 9. Dezember. Der Präsident der National City-Bank Mitchell hielt heute in Chicago eine Rede, in der er den Dawes-Plan in seiner jetzigen Gestalt als völlig unzulänglich bezeichnete. Es sei fraglich, ob die Außenwelt damit zufrieden sei, wenn Deutschland, nur um seinen Verpflichtungen unter dem Dawes-Plan nachkommen zu können, einen unverhältnismäßig großen Anteil des Exporthandels erhalte. Unter den jetzigen Bestimmungen des Dawes-Planes sei das Ausland kaum bereit, Deutschland durch Privatanköhlen noch weiterhin die notwendigen Mittel zuzuführen. Der Dawes-Plan in seiner jetzigen Gestalt müsse daher beseitigt und die deutsche Reparationssumme endgültig festgelegt werden, damit Deutschland seine volle Souveränität zurückerhalte. Er sei davon überzeugt, daß das fleißig arbeitende Deutschland unter solchen Verhältnissen seinen Verpflichtungen ehrlich nachkommen würde. Die natürliche Folge hiervon würden weitere ausländische Anleihen für Deutschland sein. Auf diese Weise würde Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllen können. Mitchell schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß ein wirtschaftlich gesundes Deutschland eine Wohltat für die ganze Welt sei.

### Für eilige Leser.

\* Amtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett hat sich in einer seiner letzten Sitzungen zwecks weiterer Vorbereitung der für Mitte Januar in Aussicht genommenen Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder abermals mit Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Reich und Ländern befaßt.

\* Einer Meldung aus Helsingfors zufolge ist die seit etwa einem Jahr im Amt befindliche sozialdemokratische Regierung Tanner zurückgetreten, nachdem sie im Reichstag bei der Abstimmung über ihre neuen Steuer- und Zollvorschlüge, zumal in der Frage des Roggenzolls, für ihre Anträge keine Mehrheit zu erzielen vermochte.

\* Der Leiter der französischen Militärmission in Polen, General Charpy, ist abberufen und nach Rouen versetzt worden. Die Abberufung dürfte im Zusammenhang mit dem kürzlichen Besuch des Marschalls Franchet d'Esperey in Polen stehen.

## Das Problem der Gemeinschaftserziehung.

Grundsätzliches und Erfahrungen von Studienrat Dr. Ernst Hengstenberg-Elmsborn.

Im Vorjahre besuchten in Preußen, das für Gesamtdeutschland die typische und maßgebliche Statistik abzugeben pflegt, annähernd 8000 Mädchen höhere Knabenschulen — aber umgekehrt nur etwa 250 Knaben höhere Mädchenschulen. Der letztere Fall, im ganzen der Zahl nach unbedeutend und auch mit Rücksicht auf die viel spezialisierte Art der Mädchenschule für die Knabenbildung nicht erstrebenswert, kann vorläufig als zu vereinzelt von grundsätzlichen Betrachtungen ausgeschlossen bleiben.

Mädchen auf Knabenschulen aber ist ein Problem, das sich durch die Praxis und Erfahrung zu klären, wenn auch nicht reiflos zu lösen beginnt. Diese Frage begegnet größtem Interesse, da in steigendem Maße für Mädchen nach den gleichen Bildungsmöglichkeiten wie für Knaben Ausschau gehalten wird. In kleineren Orten, in ländlichen und Kreisstädten, besteht neben der Volksschule für Knaben bestenfalls eine sogenannte höhere Mädchenschule, die keine Berechtigungs-scheine erteilen kann, oder es ist das für eine abgeschlossene Bildung unzureichende Lyzeum vorhanden. Es liegt also die Notwendigkeit vor, die Mädchen auf Knabenschulen fortzubilden.

Von Sexta begomen bis hinauf zur Prima wird sich übereinstimmend stets gezeigt, daß eine Knabenklasse, die einen Zusatz von Mädchen erhielt, einer Parallellasse mit nur Knaben in Leistungen und Betragen weit voraus ist. Diese allgemeine Tatsache bedeutet bereits sehr viel. Denn die Gehobtheit von Leistung und Haltung, die Hebung der Grade des Wissens und der Erziehung ist ja die wesentliche Aufgabe jeder Schule.

Sinnlich der Einzelwirkungen und Beobachtungen auf den verschiedenen Stufen ist festzustellen, daß in den untersten Klassen von einem eigentlichen Problem noch nicht gesprochen werden kann, da die Unterschiede im Denken und Empfinden der beiden Geschlechter noch nicht so grundsätzlich auseinandergehen. Der Knabe ist noch zu mädchenhaft. Wer an Knaben- und Mädchenschulen unterrichtet hat, wird zugeben, daß z. B. unter Umständen in Knabenklassen mehr und ausgiebiger gewieint wird, daß also das Unterrichtsmaterial in Knabenklassen weicher ist als in Mädchenklassen. Das ist eine Erfahrungstatsache, die weiten Kreisen nicht bekannt sein dürfte. In Gemeinschaftsklassen aber lernt sich von früh an die Beherrschung der Gefühle, was für die Charakter- und Willensbildung nicht unterschätzt werden darf. Das, was ursprünglich sich aus der Scham vor dem anderen Geschlecht herleitet, wird allmählich als Selbstverständlichkeit Sache des eigenen Willens werden.

Die Jahre, in denen langsam Denken und Fühlen in den jugendlichen Köpfen und Herzen bestimmte Formen annehmen, stehen natürlich am stärksten im Zeichen dieses Problems. Die Knaben sind in den sogenannten Flegeljahren, und auch das Mädchen zeigt in seiner Entwicklung eine ähnliche, aus Verwirrung und Unsicherheit des Gefühls sich ergebende Periode, wenn man ihr auch sanftere Namen gibt, sehr allgemein von Backfischjahren spricht. Aus dem erwachenden Sexus stammen fast alle die Torheiten und Streiche der Tertianerjahre her, und die Unbekümmertheit um ihre Folgen ist oft kaum zu überbieten. Zuweilen gelingt die Bändigung nicht einmal dem Elternhause in gemeinsamer Bemühung mit der Schule. Was sich klären will, muß aber gären. Häufig trifft hier die Beobachtung zu, daß solche Jungen, die in den Entwicklungsjahren still, ja, im Vergleich zu anderen musterhaft waren, im späteren Leben, in den Zwanzigern, wilde Gesellen wurden und es weit schwerer hatten, sich im Leben zurechtzufinden als andere, die als Tertianer dicht vor der Verweigerung standen. Wenn nun in jenen Jahren auf einer Reihe von Bänken der Klasse Mädchen sitzen, so vermögen zwar auch sie keine Engel aus den Jungen zu machen, aber sie verpflichten die Knaben — und das geschieht unbewußt für beide Teile — die Kräfte der Selbst-

## Vor den Verhandlungen im Eisentonnist.

Verschärfung der Lage.

Abgesehen von den Besprechungen, die der Schlichter Dr. Fötten von Sonnabend ab zur Beilegung des Konflikts in der Eisenindustrie mit den beiden Parteien führen wird, sind jetzt noch eine Anzahl wichtiger Sitzungen anberaumt. Sämtliche für den Verkauf von Eisenerzeugnissen in Betracht kommenden Verbände werden am 12. Dezember über die Lage beraten und eventuell die Einstellung des Verkaufs beschließen. Der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten- und Warenverbände, Provinzialverband Rheinland-Westfalen, hat seine Mitarbeiter zu einer Aussprache über die Arbeitszeitbewegung und die Lage in der Schwerindustrie zum 11. Dezember nach Essen einberufen.

Innerhalb der Reichsregierung hat man ebenfalls Besprechungen über die Lage im Ruhrgebiet gepflogen; auch zwischen den beteiligten Ministerien finden Besprechungen zur Beilegung der Differenzen statt.

Die christlichen Metallarbeiter nahmen in mehreren Versammlungen gegen die Stilllegungsbefehle entschiedene Stellung. Bei Krupp seien schon schon Kundgebungen vorgenommen. In verschiedenen Betrieben hätte man die Arbeiter zur Unterzeichnung eines Schreibens aufgefordert, wonach sie zu den alten Bedingungen nach dem 1. Januar weiterarbeiten müßten, wenn sie nicht entlassen werden wollten.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben eine Interpellation eingebracht, in der sie darauf hinweisen, daß die Stilllegung auch die weiterverarbeitende Industrie und den Bergbau in Mitleidenenschaft ziehen würde. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die drohende gewaltige Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens mit ihren unübersehbaren Folgen zu verhindern?

Berlin, 10. Dezember. Am Freitag haben ähnlich wie an den vorhergegangenen Tagen zwischen der Regierung und Vertretern der Gewerkschaften und der Industrie Verhandlungen über den Konflikt der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie stattgefunden. Von Seiten der Regierung nahmen neben dem Reichsarbeits- und dem Reichswirtschaftsminister auch andere